



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Wandsbek
Bezirksversammlung

Antrag CDU Bezirksfraktion Wandsbek	Drucksachen-Nr.: 20-4188 Datum: 31.03.2017 Status: öffentlich
---	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung Wandsbek	06.04.2017
Öffentlich	Ausschuss für Soziales und Bildung	24.04.2017

Sporthalle für gehörlose und schwerhörige Menschen einrichten
Antrag der CDU-Fraktion

Sachverhalt:

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Bildung am 09. Januar 2017 berichtete der Bund der Schwerhörigen e.V. über Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit für hörgeschädigte Menschen. Um für hörgeschädigten Menschen mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erreichen, bedarf es auch Sporthallen, welche auf die Bedürfnisse dieser Gruppe von Sportlern zugeschnitten sind.

Hierzu gehören eine induktive Höranlage, bei der ein Magnetfeld aufgebaut werde und die Töne direkt auf die Induktionsspulen in den Hörgeräten übertragen würden sowie eine spezielle Schalldämmung der Sporthallen für Hörgeschädigte.

Der Masterplan Active City sieht für den Bezirk Wandsbek den barrierefreien Umbau einer Sporthalle vor. Hierbei ging es vornehmlich um den barrierefreien Ausbau für Rollstuhlfahrer. Da aber der Bedarf dafür in Wandsbek nicht besteht, sollte auf Grundlage des Masterplans Active City stattdessen mindestens eine Sporthalle für hörgeschädigte Menschen umgebaut werden.

Die Bezirksversammlung möge beschließen:

Petition/Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten,

1. in Abstimmung mit dem Bund der Schwerhörigen e.V. zu prüfen wie hoch insgesamt der Bedarf für speziell ausgestattete Sporthallen ist und wo es möglich und sinnvoll ist eine Sportanlage speziell für hörgeschädigte Menschen aus- bzw. umzubauen.

2. zu prüfen wie hoch die Kosten für den barrierefreien Umbau einer Sporthalle für hörgeschädigte Menschen ist und das Ergebnis dem Ausschuss mitzuteilen.
3. zusammen mit der zuständigen Fachbehörde die Möglichkeiten einer (Mit)Finanzierung aus den bereitgestellten Mitteln für den Masterplan Active City zu prüfen.
4. den Ausschuss für Soziales und Bildung über den Fortgang des Verfahrens zu unterrichten.

Anlage/n:

keine Anlage/n